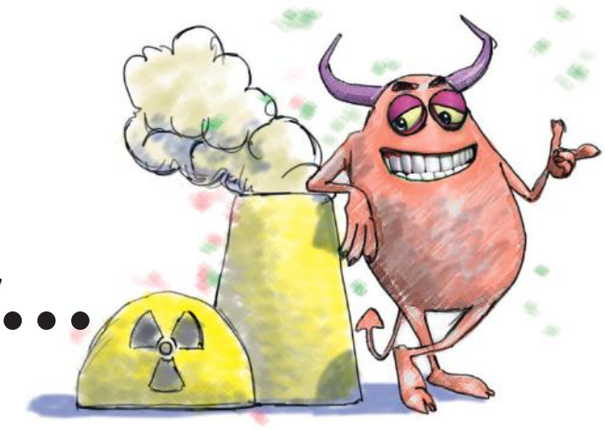
WIBeN presse
Westerwälder Initiativen- und Betriebe-Netz e. V.

1.2014

Die rasant fortschreitende Erderwärmung als Ursache für den längst deutlich wahrnehmbaren Klimawandel müssen wir aus Verantwortung gegenüber der Schöpfung als Gesamtheit und den nachfolgenden Generationen deutlich verringern! – so oder so ähnlich postulieren es die große Politik, die Naturschutzverbände, Konservative wie Progressive. Und dann folgt das fettgedruckte „Ja, aber“.



Energiewende ja, aber…

Von Peter Müller

Große Worte und Absichten im Schockzustand

Unter dem Schock der Katastrophe von Fukushima 2011 schien eine Zeit lang der Einfluss der Energiekonzernlobby gegen Null zu tendieren. Die CDU/FDP-Bundesregierung sah sich zum Ausstieg aus dem Ausstieg gezwungen. Nahezu die gesamte Medienlandschaft berichtete von der überwältigenden Mehrheit der Menschen in Deutschland, die sich eindeutig für die Wende in der Energieerzeugung hin zu den Erneuerbaren aussprachen. Sogar ein unter Umständen notwendiger finanzieller Mehraufwand würde akzeptiert, war zu lesen. Lobgesänge auf die innovative Kraft und die weltweite technische Marktführerschaft der deutschen Solar- und Windenergie-Branche waren zu lesen. Sogar die konservative Bundesregierung fand anerkennende Worte für die Weitsichtigkeit bei der Entwicklung des Erneuerbaren Energien Gesetzes (EEG). Sie sonnte sich in der weltweiten Erfolgsgeschichte, diese Gesetzesvorlage dieses Gesetz, dass in viele Länder der Erde kopiert wurde und wird.
Schlechte Quartalszahlen der vier marktbeherrschenden Energiekonzerne RWE, EON, EnBW und Vattenfall veranlassten sogar das Handelsblatt zu Kritik und der Frage, wieso es nach Tschernobyl von keinem dieser Energieriesen ein vorsorgliches Engagement in Bau und Betrieb von Solar- und Windenergieanlagen gegeben habe. Sie hatten diese Marktentwicklung unisono nahezu völlig verschlafen. Der Vorstandssprecher von RWE, bis zuletzt Atombefürworter, musste seinen Stuhl räumen.
Dem gegenüber standen die Erfolge der mittelständischen Solarzellenproduktion und der nicht minder rasant prosperierenden Hersteller für Windenergieanlagen. Sowohl der Absatz im Inland als auch der weltweite Export entwickelte sich kontinuierlich positiv. Eine nennenswerte große Zahl neuer Arbeitsplätze in Produktion, Montage und Wartung entstand in nahezu allen Landesteilen Deutschlands. Sinkende Einkaufspreise in dieser Branche – entstanden durch Produktions- und Montageoptimierung, aber auch durch den Druck der Konkurrenz chinesischer Produkte – der rapide Preisverfall glich die in Stufen erfolgenden Absenkungen der Einspeisevergütung nach dem EEG aus.

Aber dann: Giganten wachen auf …

Schon im Vorspiel zur Bundestagswahl 2013 wurde die strategische Neuausrichtung und gestärkte Potenz einer ihresgleichen suchende Medienkampagne und Lobbyarbeit der Energiekonzerne deutlich. Wobei die Anführung technischer Probleme im Stromnetz und Überproduktion der Erneuerbaren Energien noch die harmlosesten Argumente gegen das EEG darstellten. Die Komplexität der Stromhandelspreisgestaltung an der Leipziger Strombörse ausnutzend wurden die gebetsmühlenartig wiederholten Prophezeiungen zu dem sich für Endverbraucher exorbitant steigenden Strompreisen in allen nur denkbaren Horrorszenarien flächendeckend kommuniziert. Oft untermauert durch Untersuchungen von diesem und jenem Institut und ausgesuchten Experten war es überall im Gewand fachlich, neutraler Information präsent. Dazu bediente sich die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft einer Werbeagentur, die ihre Tatarenmeldungen mit großem Geschick platzierte.
Zu keinem Zeitpunkt gelang es der Erneuerbaren-Energie-Bewegung den Menschen in Deutschland verständlich zu machen, dass nicht der Anteil der EEG-Umlage am Strompreis für die Erhöhung des Verbraucherstrompreises ursächlich ist. Das von den Großkraftwerksbetreibern (Atom, Braunkohle, Steinkohle und Gas) bisher vorsätzlich genutzte Handelsstrompreisdumping führt nun zu der von eben diesen Betreibern gewünschten Steigerung des EEG-Anteils. Dass langfristig die zunehmende Unabhängigkeit vom Import fossiler Brennstoffe (Kohle, Gas, Uran) sowohl Preisstabilität als auch die ökologische Notwendigkeit gewährleistet, ist bisher wegen der oben genannten außerordentlich starken Medienpräsenz der Energiekonzerne so in der Öffentlichkeit nicht zu vermitteln gewesen.

… und die Kleinen?

Das Verbrennen von endlichen Rohstoffen (Kohle, Erdöl, Gas) und damit einhergehend der Raubbau, ein eben nicht mehr wiederherstellbarer Verbrauch der Ressourcen, ist – wie wir ja alle im Grunde wissen – auch ökonomisch gesehen eine Sackgasse. Das gleiche gilt, neben den bekannten unsäglichen Risiken der Atomenergie, auch für diese. So ist die Abhängigkeit von immer knapper und damit sich verteuernder Rohstoffe aus zumeist Krisengebieten unserer Erde weder volkswirtschaftlich sinnvoll noch zukunftssicher.

Ökologisch sinnvoll und ein grundsätzlich notwendiger Baustein auch für zukünftigen wirtschaftlichen Erfolg ist es, größte Anstrengung hinsichtlich Energie-Einsparung und Energie-Effektivierung zu unternehmen. Die Diskussion um die Energiewende allein auf eine „Strompreisdiskussion“ zu reduzieren ist völlig ungeeignet, gesellschaftlichen, ökologischen und ökonomischen nachhaltigen Fortschritt zu erreichen. „Wer wenig Energie verbraucht, bezahlt weniger; wer viel Energie verbraucht, zahlt mehr!“ muss die Leitlinie sein, damit

Maßnahmen zur Energie-Einsparung und -Effizienz sich lohnen. Es fällt nicht schwer, sich vorzustellen, wie die Damen und Herren von RWE, EON, EnBW, Vattenfall u.a. sich zum Beispiel in einer Videokonferenz schenkelklopfend Beiträge in den Medien ansehen, in denen Windkraftgegner – erklärte Natur- und Heimatschützer – den Wildwuchs, das Tempo, die Unverträglichkeit mit der Natur und vor allem die Unzumutbarkeit der Windräder für die Menschen anprangern. Engagierte Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Kommunen und Energiegenossenschaften als naturverachtende, „Wald-Industrialisierer“ mit „Dollarzeichen in den Augen“ zu diffamieren spielt den Energiekonzernen in die Hände. So haben sie es sich gewünscht und gefördert, die Konzernstrategen. Ein Scheitern oder zumindest eine sehr deutliche Verlangsamung des gesellschaftlichen Zukunftsprojektes „Energiewende“ und der damit einhergehenden Dezentralisierung verlängert deren Einflussnahme und deren gewaltigen Gewinne. Der Betrieb und ja sogar der Neubau von Kohlekraftwerken sind weiterhin gesichert.

„Energiewende ja, aber keine Windräder, die mir die Sicht verschandeln!“ ist keine Lösung. „Windräder überall, Artenschutz egal!“ ist ebenfalls keine, und wird auch von niemandem gefordert.

Stand heute und hier in unserer Region

Unser immenser Energiebedarf wird auch bei äußerst konservativen Annahmen nur mit enormen Anstrengungen im Bereich Windenergie zu erreichen sein. Berechnungen dazu wurden von allen Seiten vorgelegt, unter anderem vom BUND. Die Lösung wird ein Kompromiss sein müssen. Sie kann nicht lauten: „Kein Windrad in der Region Westerwald auf den windhöffigsten Standorten!“

Einer der windhöffigsten Standorte – Teile des ehemaligen Truppenübungsplatz Daaden/Stegskopf – wird wahrscheinlich durch eine Entscheidung des Staatssekretärs Jochen Flasbarth im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, als Standort für sechs Windräder der 2,5-Megawatt-Klasse verhindert. Wie Harry Neumann,der Vorsitzende des BUND Rheinland-Pfalz dies als „Traumtag“ und „Sieg“ feiern kann, verwundert viele. Ein Windrad an diesem bestens geeigneten Standort hätte zwei an anderen, weniger geeigneten Standorten ersetzt. Wenn, laut den vom BUND vorgelegten Konzepten, die Windenergie der Träger der Energiewende ist, und dabei vorgerechnet wird, wie viele Windkraftanlagen in Rheinland-Pfalz dafür notwendig sind, muss die Frage an eben diesen BUND und an NABU und GNOR (Gesellschaft für Naturschutz und Ornithologie, Rheinland-Pfalz) doch erlaubt sein, wo die Windenergieanlagen denn nun gebaut werden sollen.

Sehr viele Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Vereine und Kommunen der Region Westerwald sind Mitglieder und Gesellschafter der Maxwäll-Energie Genossenschaft eG, der Alternative Energie Kroppacher Schweiz GmbH & Co KG und der Wäller-Energie eG. Diese Unternehmen, die für „Erneuerbare Energie aus Bürgerhand in Bürgerhand“ stehen, setzen sich für die Realisierung von Windparks am Truppenübungsplatz und in der VG Hachenburg ein. Wir sind überzeugt, dass die Klimaerwärmung eingedämmt werden muss und deshalb die Energieerzeugung aus erneuerbaren und CO2-neutralen Quellen erfolgen muss.

Weitere Infos sind auf den Internetseiten der Unternehmen zu finden. Rückmeldungen, ergänzende Vorschläge und Kritik sind erwünscht. Dass WIBeN als langjährig bestehendes Netzwerk dieses Anliegen und Bürgerprojekt durch seine Mitgliedschaft in der Maxwäll-Energie Genossenschaft von Anfang an unterstützt, bestärkt uns im Engagement.

Windenergie und Naturschutz stossen häufig auf Wiederspruch. Hier ein Flyer der Bürgerinitiative „GEGENWIND-VOGELSBERG” aus 63679 Schotten .

BITTGANG ZUR BEWAHRUNG DER SCHÖPFUNG IN DER WERSCHBACH am 23.03.2014

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Diakon Markus Hildebrand, Jossa, und Pfarrer Steffen Poos, Nieder-Moos, haben zu einem ökumenischen Bittgang zur Bewahrung der Schöpfung in der Werschbach eingeladen.
Treffpunkt ist am Sonntag, **23.03.2014 um 10.00** Uhr an der Kirche in Jossa. Von dort geht es über verschiedene Stationen zur Antoniuskapelle am Ebenhof.
Hier findet um 11.30 Uhr eine Andacht statt.
Alle, die nicht mitlaufen können oder möchten, können auch direkt um **11.30 Uhr** zur Antoniuskapelle am Ebenhof kommen.

Im Anschluss wird die Bürgerinitiative Gegenwind, Gruppe Jossa/Metzlos-Gehaag aktuelle Informationen zu dem nun wieder angelaufenen Genehmigungsverfahren für 8 Windkraftanlagen von 200 m Höhe in der Werschbach geben und für Fragen und Diskussionen zur Verfügung stehen.

Zur Stärkung werden Würstchen und Getränke angeboten.

Kommen Sie mit!

Lassen Sie uns gemeinsam nochmals deutlich machen, dass man hier kurz davor steht, aus Profitinteresse von OVAG, Gemeinde Grebenhain und Riedesel, unsere wunderschöne Landschaft und schützenswerte Natur zu vernichten und uns, die betroffenen Bürger, Gesundheitsgefahren auszusetzen und unsere Lebensqualität einzuschränken.

Dies können wir nur gemeinsam verhindern!

Wie schafft man es, die Energiewende um 360° zu wenden?

Die geplante EEG-Novelle der Bundesregierung

Von Friedrich Hagemann, maxwäll

Das Vorspiel: Auf leisen Sohlen kam er daher, der Angriff. Der Angriff auf das Erneuerbare Energiengesetz, kurz EEG. Zwei Unterschriften reichten für die Attacke aus. Am 17. Juli 2009 unterzeichneten Umweltminister Sigmar Gabriel und Wirtschaftsminister Reichsfreiherr Karl-Theodor etc. etc. von und zu Guttenberg eine Rechtsverordnung mit dem sperrigen Namen „Verordnung zur Weiterentwicklung des bundesweiten Ausgleichsmechanismus“. Nur 12 Paragraphen hatte diese Verordnung. Mit ihr wurde ein neues Vermarktungsmodell für den gesamten in Deutschland erzeugten Regenerativstrom geschaffen. Ob der Strom durch die Kraft des Windes oder die photochemische Umwandlung von Sonnenlicht, ob mittels Biomasse oder durch Wasserkraft erzeugt wurde, ob er grundlastfähig ist oder nur als Spitzenlaststrom vermarktet werden kann – all das sollte keine Rolle mehr spielen. Die gesamte Vermarktung des Regenerativstroms sollte ab dem 01.01.2010 nur noch am vortägigen oder untertägigen Strommarkt, also an der Börse, erfolgen.

Der richtige Strommix

Was bedeutete das?

Bekanntlich schreibt § 8 EEG den Netzbetreibern vor, den Regenerativstrom vorrangig abzunehmen. Bis Ende 2009 bestand neben diesem Einspeisevorrang rein faktisch auch so etwas wie ein Verbrauchsvorrang. Jeder Energieversorger musste von seinem Übertragungsnetzbetreiber den Anteil EEG-Strom abnehmen, welcher dem Anteil des EEG-Stroms am bundesdeutschen Strommix entsprach. Eben deshalb berücksichtigte jeder Energieversorger seine Abnahmeverpflichtung für den regenerativen Strom bei seiner eigenen Stromproduktion und beim Bezug von Strom. Rein faktisch war dies so etwas wie ein Vorrang beim Verbrauch. Freilich hatte der Gesetzgeber bereits mit der Neufassung des EEG vom 25.10.2008 in § 64 Abs. 3 die Grundlage dafür geschaffen, dass die Übertragungsnetzbetreiber von der Verpflichtung entbunden werden, den EEG-Strom an die ihnen nachgelagerten Elektrizitätsversorgungsunternehmen durchzuleiten. Stattdessen sollten die Übertragungsnetzbetreiber nur noch verpflichtet sein, den Strom „effizient zu vermarkten“ und „ein gemeinsames transparentes EEG-Konto zu führen“.

Was versprach man sich von dieser grundlegenden Veränderung der Vermarktung?

Ahnte man, dass die EEG-Umlage auf die Verbraucherpreise in Schwindel erregende Höhen steigen würde – von 1,31 Cent in 2009 auf 6,24 Cent in 2014? Vermutlich nicht. Der Bundeswirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg stellte den Verbrauchern in Aussicht, dass sie durch die neue Rechtsverordnung von Kosten „in dreistelliger Millionenhöhe“ entlastet würden. Und der damalige Bundesumweltminister Gabriel versprach, die Verordnung werde dafür sorgen, „dass sich die erneuerbaren Energien weiter dynamisch entwickeln“. Man versprach sich von der neuen Verordnung eine Vereinfachung des Verfahrens zur Wälzung der EEG-Kosten. Insbesondere kleinere und mittlere Stromvertriebsunternehmen hatten über hohen Verwaltungsaufwand geklagt. Darum sollte jetzt keine physikalische Weitergabe des EEG-Stroms mehr erfolgen, sondern nur noch die nach der separaten Vermarktung verbleibenden Kosten auf alle Stromlieferanten umgelegt werden.

Die tatsächliche Wirkung der separaten Vermarktung

Die Wirkungen der Änderung ließen nicht auf sich warten. Bereits 2010 wurde eine Erhöhung der Umlage für die Verbraucher für das Jahr 2011 von 2,047 auf 3,592 Cent berechnet. Das sind 75,5 %. Der Anstieg der Umlage war damit bereits im ersten Jahr der neuen Vermarktung höher als in dem Zeitraum von 1999 bis 2009, als die Umlage sich von 0,1 Cent auf 1,31 Cent erhöhte. Und der rasante Anstieg der Umlage setzte sich fort: Über 3,59 Cent in 2012 und 5,28 Cent 2013 auf den heutigen Stand von 6,24 Cent. Ursache des Anstiegs der Umlage war zum einen, dass der Preis des EEG-Stroms an der Börse von Jahr zu Jahr zurückging. Das wiederum führte dazu, dass immer mehr Industrieunternehmen mit Erfolg beantragten, von der EEG-Umlage befreit zu werden, so dass sich die Umlage auf weniger Schultern verteilte. Für den privaten Stromverbraucher trat das Gegenteil dessen ein, was zu Guttenberg ihm versprochen hatte: seine Belastung stieg in einer Schwindel erregenden Weise.

Die Reaktion der Politik I: Fehlerkorrektur am falschen Ende

Wie reagierte die Politik auf diese Entwicklung? Zunächst mit Absenkungen der Einspeisevergütung für den Solarstrom – ein wegen der drastisch sinkenden Preise für Neuanlagen ein damals richtiger Schritt. Aber der Anstieg der Umlage ließ sich dadurch nicht aufhalten. Darauf verfiel das Tandem Altmeier/Rösler in der vergangenen Bundesregierung auf die Idee, zur Begrenzung des Preisanstiegs bei der EEG-Umlage den „atmenden Deckel" für Solarstrom einzuführen also eine Begrenzung der Zubaumengen durch stärkere Absenkungen der Einspeisevergütung nach hohen Zubauraten.

Diese Maßnahme ist freilich zur Begrenzung des Umlageanstiegs nicht viel wirksamer als der Versuch, durch Handauflegen den Anstieg des Meeresspiegels aufzuhalten. Denn der Preisanstieg der Umlage wurde am allerwenigsten durch den Zubau neuer Anlagen verursacht. Die Reaktion der Stromproduzenten: Druck auf den Strompreis zur Erhöhung der Umlage

Warum setzte sich der Preisverfall der Börsenstrompreise von Jahr zu Jahr fort?

Bekanntlich hat in den letzten Jahren die Zahl der Stunden, in denen Strom zu Preisen von weniger als 10 €/MWh verkauft wird (Niedrigpreisstrom), ebenso zugenommen wie die Zahl der Stunden, in denen der Strom mit negativen Preisen veräußert wird. Das führt zu einem Absinken der Einspeiseerlöse und damit zu einem Anstieg der EEG-Umlage, während die Übertragungsnetzbetreiber aus dieser Entwicklung keinerlei Nachteile haben. Durch EEG-Strom wären die negativen Strompreise oder die Niedrigpreise dann verursacht, wenn mehr vorrangig abzunehmender (§ 8 EEG) erneuerbarer Strom in das Netz eingespeist würde als insgesamt verbraucht wird. Das ist indes zu keiner Zeit der Fall gewesen. Vielmehr wurde in den Zeiten der hohen Regenerativstromproduktion, welche die Negativ- oder Niedrigpreise verursachen, nicht nur Atomstrom eingespeist, was wegen der mangelnden Flexibilität der AKWe noch plausibel sein mag, sondern auch Strom aus Braunkohle- und Steinkohlekraftwerken. Diese sind nach einer Fraunhofer-Studie vom August 2013 auch zu Niedrigpreiszeiten (= ein Preis von < 1 Cent/kWh), in denen die Brennstoffkosten über dem erzielten Strompreis liegen, mit bis zu 83 % Auslastung weiter betrieben worden. In Zeiten von Negativpreisen lag die Auslastung der Braunkohlekraftwerke noch bei 73 %, wobei zu berücksichtigen ist, dass wegen Wartung und Reparatur ohnehin nicht alle Braunkohlekraftwerke zur Verfügung standen, also die Auslastung der verfügbaren Kraftwerke faktisch noch um einiges höher war! Durch die Fortsetzung ihrer Produktion bewirkten die Stromerzeuger also den Verfall der Strompreise an den Strombörsen und führten so die negativen Preise herbei.

Es soll hier nicht verkannt werden, dass der Regelbarkeit von Braunkohlekraftwerken technische Grenzen gesetzt sind. Der Vergleich der erfolgten Regelung bei Niedrig- und bei Negativpreiszeiten zeigt jedoch, dass eine Abregelung zur Wahrung des Einspeisevorrangs der Erneuerbaren nicht in dem technisch möglichen Umfang vorgenommen wird. Die konventionellen Stromerzeuger denken gar nicht daran, ihre Produktion an die Erzeugung von Wind- oder Solarstrom anzupassen. Rein wirtschaftlich betrachtet müssten auch bei Niedrigpreiszeiten die Braunkohlekraftwerke im technisch möglichen Umfang heruntergefahren werden. Statt dies zu tun lassen es die Stromerzeuger lieber zu, dass der EEG-Strom an das Ausland verramscht wird. Das liegt allein mit dem Ausgleichsmechanismus: Der EEG-Strom wird separat vermarktet und die Stromerzeuger haben keine Nachteile durch dessen Preisverfall.

Man kann auch sagen: Das Oligopol der Stromerzeuger funktioniert noch. Sie haben es in der Hand, die EEG-Umlage so lange hoch zu treiben, bis die Verbraucher sagen, dass sie nicht mehr bereit sind, so viel zu zahlen. Konnte man denn allen Ernstes erwarten, dass sie ihre Verdrängung vom Markt durch die Erneuerbaren, die in den nächsten Jahrzehnten zu einer 100igen Stromversorgung beitragen sollen und müssen, kampflos hinnehmen? Noch haben sie schließlich Macht, Einfluss, Geld und gelegentlich das Ohr der Kanzlerin.

Die Reaktion der Politik II: Die alten (falschen) Rezepte

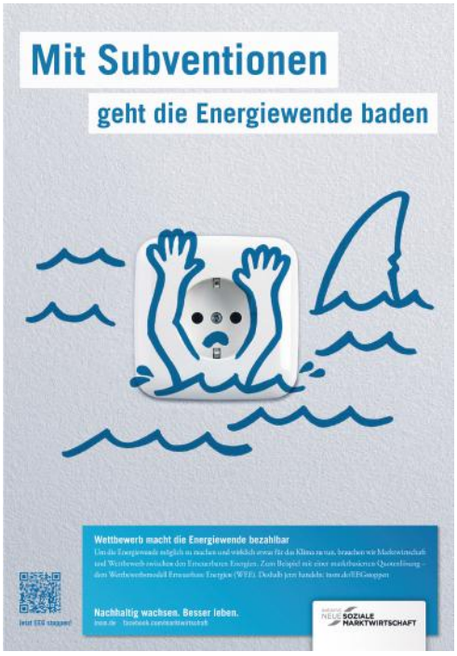
Wenn sich die Erwartungen, die von der Politik 2009 an den Wälzungsmechanismus geknüpft wurden, sich nicht erfüllt haben, dann sollte man erwarten, dass der Fehler korrigiert wird. Aber in diese Richtung geschieht nichts. Der Koalitionsvertrag sieht zur Lösung des Problems wieder die alten Instrumente vor, die sich als unwirksam erwiesen haben: Zubaubegrenzung und Preisabsenkung für die Erneuerbaren. Warum wird nicht die eigentliche Ursache des Umlageanstiegs bekämpft, warum wird nicht der Verbrauchsvorrang („physikalische Wälzung") für die Erneuerbaren wieder neben dem Einspeisevorrang eingeführt? Liegt es an der Überzeugungsarbeit der Lobby des alten atomar-fossilen Kartells, die es geschafft hat, die Unverzichtbarkeit der Kohle im Koalitionsvertrag unterzubringen? Oder ist es die Angst der Politik vor dieser mächtigen Lobby? Das Eckpunktepapier des neuen Bundeswirtschaftsministers legt die Annahme nahe, dass die Bundesregierung die Energiewende allein deshalb abbremsen will, weil sie den Druck aus der Wirtschaft verspürt, welcher ausschließlich unter dem Preisaspekt ausgeübt wird.

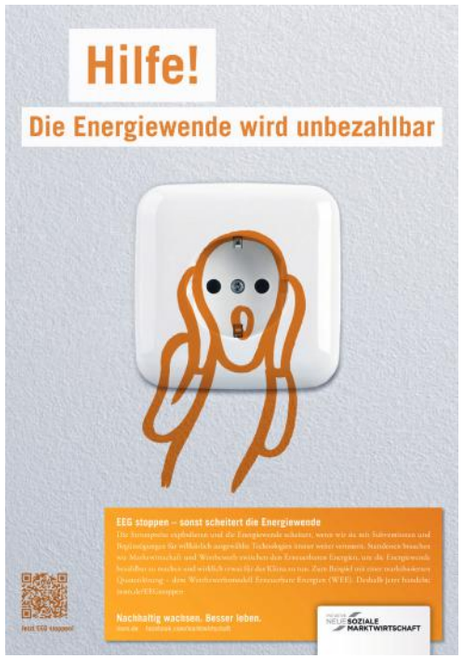
Dabei wäre die Kostendämpfung bei der EEG-Umlage viel einfacher zu haben: Aufhebung der Ausgleichsmechanismusverordnung und Rückkehr zum Verbrauchsvorrang für die Erneuerbaren.

Die Kampagne der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

In das Zentrum der Auseinandersetzung um die Energiewende ist die Frage ihrer Bezahlbarkeit gerückt. Denn die Konzerne wissen, dass ihre alte Argumentation, die Energiewende sei technisch überhaupt nicht machbar, inzwischen längst widerlegt ist. Darum hat die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) mit ihrem Millionenetat sich bei ihrem Kampf gegen die Energiewende nahezu ausschließlich auf die Energiepreise fokussiert und die Agentur „Serviceplan Public Opinion" beauftragt, die dazu mitteilt: „Für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft" entwickelten wir eine Kampagne, die eine Alternative zum Erneuerbare-Energiengesetz aufzeigte. Wir fokussierten unsere Kampagne zeitlich auf … den Energiewendegipfel im Kanzleramt am 28. August sowie den 15. Oktober, Tag der Bekanntgabe der neuen EEG-Umlage". Erfolg der Kampagne war nicht nur, dass sich die Monopolkommission und der Sachverständigenrat für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung für eine Abkehr vom EEG aussprachen, sondern auch tagtägliche Meldungen in der Presse, die den Eindruck erwecken,

- die Energiewende sei unbezahlbar,
- es seien nur „die Reichen" ,die von der Energiewende profitieren, während die Armen sie finanzieren,
- Arbeitsplätze würden gefährdet (wenn RWE 8.000 Stellen abbau en will, ist das eine große Meldung, aber dass in der Solarbranche nach der Kappung der Solarförderung von 2012 das Vier fache an Arbeitsplätzen verloren gegangen ist, scheint keine Meldung wert zu sein),
- es drohe Deutschland, also dem Land mir den höchsten Außenhandelsüberschüssen (!), die Deindustrialisierung,
- zahlreichen Haushalten, die in prekären Verhältnissen leben, werde die Stromversorgung stillgelegt,
- auch durchschnittliche Haushalte seien kaum noch in der Lage, ihre Stromrechnung zu bezahlen, zumal sie Jahr für Jahr mit weiteren Preissteigerungen rechnen müssten.





Leider wird diese Kampagne von zahlreichen Medien nur allzu willig aufgegriffen, zumal die Unterstützer (BDI, LVU, DIHK) einflussreich sind. Bei den angeblichen Gefahren der EEG-Umlage für die sozial Schwächeren findet die INSM gelegentlich sogar die Unterstützung von Verbraucherverbänden, wobei deren Ablehnung allerdings in der Regel weniger heftig ausfällt und auch andere Vorschläge als der nach einem Stopp der Energiewende diskutiert werden. Dass Haushalten wegen Nichtzahlung ihrer Stromrechnung der Zähler abgeklemmt wird, wird in den Medien als ein völlig neues Phänomen dargestellt, obgleich die Unterbrechung der Versorgung bei Zahlungsverzug so alt ist wie die Energieversorgung.

Zwei Beispiele aus der Anzeigenserie der Kampagne Neue soziale Marktwirtschaft.

Die versteckten Kosten der Fossilen I

Was wir bei der Atomdebatte erlebt haben, bietet uns die Debatte um Erneuerbare oder Fossile erneut. Das ist die Frage nach den wahren Kosten. Selbstverständlich konnte die Energiewirtschaft die „Ewigkeitskosten“ der Atomkraftwerke außer Betracht lassen, denn die zahlte nicht sie sondern der Steuerzahler. Und das auch nicht heute, sondern erst die künftigen Generationen. Welche Kosten für die Erderwärmung drohen uns, wenn es nicht gelingt, den Anteil der Treibhausgase zu begrenzen und den CO2-Anteil in der Atmosphäre auf 550 ppm zu stabilisieren, wie es der Ziel der Klimakonferenzen und internationalen Vereinbarungen entspricht?

Zu diesen Fragen hat sich der Stern-Report geäußert. Sir Nicholas Stern, früherer Chefökonom der Weltbank, kommt zu dem Ergebnis, dass die Aufwendungen zur Begrenzung der Erderwärmung auf 2 – 3 Grad weitaus geringer sind als die Kosten, die aufgewendet werden müssten, wenn der Temperaturanstieg nicht begrenzt wird. Er prognostiziert, dass die Kosten für die Vermeidung des Klimawandels nur ein Fünftel der Kosten betragen, die nach eintretendem Temperaturanstieg zur Anpassung (z.B. Deicherhöhung) oder Schadensbehebung (z.B. Sturmschäden) aufgewendet werden müssten und regt an, dass für Vermeidungsmaßnahmen 1 % des Bruttosozialprodukts aufgewendet werden sollte. Von diesem Umfang ist die EEG-Umlage noch weit entfernt. Wenn über die zu hohen Kosten des EEG geklagt wird, ist dem genau unter dem Kostenaspekt entgegen zu halten, dass die Investitionen in den Klimaschutz wie das EEG gerade der Kostensenkung dienen, also die weitere Verstromung von fossilen Brennstoffen, vor allem aber der scheinbar so preisgünstigen Braunkohle, in Zukunft die fünf Mal so hohen Anpassungs- und Schadensbehebungskosten verursachen wird.

Nur bei sehr kurzsichtiger Betrachtungsweise kann man also bei der Berücksichtigung der Klimaschäden den Fossilstrom als kostengünstiger im Vergleich zum Regenerativstrom betrachten.

Die versteckten Kosten der Fossilen II

Die derzeit offensichtlichste und schädlichste Bevorzugung der Braunkohle liegt in dem Zusammenbruch des Emissionshandels. Es war mit Preisen von 30 – 35 €/to CO2 für 2013 gerechnet worden, während der tatsächliche Preis sich auf 2 – 5 € belief. Dies wirkt sich vor allem für die einzelnen fossilen Brennstoffe extrem unterschiedlich aus und führt zu einer Bevorzugung des billigsten und schmutzigsten Brennstoffs, der Braunkohle, deren Verstromung pro kWh ein Kilogramm CO2 verursacht. Der faktische Zusammenbruch des Emissionshandels ist neben der verstärkten Einspeisung von Solarstrom die wichtigste Ursache für die Unwirtschaftlichkeit des Betriebs von Gaskraftwerken, auf deren Betrieb wir für die Durchführung der Energiewende in der Übergangszeit angewiesen sind. Die Verschmutzungsrechte sind den Kraftwerksbetreibern 2005 von dem damaligen Bundeswirtschaftsminister Clement, der heute u.a. in der Energiewirtschaft tätig ist, kostenlos zugeteilt worden. Diese „Schenkung“ verkörperte einen Wert von ca. 5 Millarden €. Die Energieversorger nahmen damals eine Einpreisung der Emissionsrechte dergestalt vor, dass sie die durchschnittlichen Strompreise

innerhalb von 12 Monaten um 2,2 Cent/kWh erhöhten.
Die Subventionierung der Braunkohle durch die versteckten Vorteile des zusammengebrochenen Emissionshandels ist nur ein Anteil der Subventionen. Weitere Subventionen der Braunkohle sind etwa in der Befreiung von der 10 %igen Bergbauabgabe zu sehen. Nach einer Studie des BWE belaufen sich die gesamten Braunkohlesubventionen für den Zeitraum 1970 – 2012 in den Preisen von 2012 auf 87,5 Milliarden €, wovon 79,5 Milliarden auf die Braunkohleverstromung entfallen.
Weitaus höher sind die Subventionen für Steinkohle- und Atomstrom. Diese werden für den Zeitraum 1970 – 2012 in Preisen von 2012 mit 311,2 und 213,2 Milliarden € angegeben, wovon auf die Verstromung 177,3 bzw 187,1 Milliarden € entfallen. Die gesamte Förderung der Erneuerbaren liegt also weit unter dem, was an Subventionen für den Atomar- oder Fossilstrom aufgewendet wurde. Insoweit wird auf die Studie „Was Strom wirklich kostet“ verwiesen, die vom BWE und Greenpeace Energy gemeinsam in Auftrag gegeben wurde.

Die versteckten Kosten der Fossilen III

Der gescheiterte Emissionshandel war ein erster und bescheidener Ansatz zur Internalisierung eines Teils der externen Umweltschäden, nämlich des Kohlendioxidausstoßes, in die Gestehungskosten des Stroms. Die in den Emissionshandel gesetzten Erwartungen, dass sich die Schäden zu einem Teil in den steigenden Preisen für CO2 abbilden ließen, hat sich nicht erfüllt; die Erwartung, dass der Preis durch Verknappung der Zertifikate ansteigen werde, ist durch ein Überangebot von Zertifikaten konterkariert worden. Dadurch kam es nicht zu dem erwarteten Preisanstieg. Dies ist die entscheidende Ursache für den Wettbewerbsvorsprung der Braunkohle gegenüber dem Erdgas, die drohende Stilllegung von Gaskraftwerken, den Anstieg des Braunkohleanteils am Strommix und die für 2013 zu erwartende Erhöhung des CO2-Ausstoßes in Deutschland. Die Stromwirtschaft droht mit der Schließung ihrer Gaskraftwerke und weist die Schuld an deren Unwirtschaftlichkeit den erneuerbaren Energien zu. Und sie macht nicht nur wieder einmal Propaganda, sondern hält auch die Hand auf: Die Reservehaltung von Gaskraftwerken lässt sie sich über eine von der Bundesnetzagentur bewilligte Netzumlage bezahlen.
Allerdings würde selbst ein funktionierender Emissionshandel (noch) nicht die wahren Kosten der Braunkohleverstromung und der anderen fossilen Brennstoffe abbilden. Das Umweltbundesamt (UBA) hat es 2012 in seiner Schrift „Schätzung der Umweltkosten in den Bereichen Energie und Studie geht dahin, nicht nur CO2, sondern alle klimawirksamen Gase (THG) ihrer Klimawirksamkeit entsprechend zu erfassen. Darüber hinaus werden alle anderen in den Rauchgasen enthaltenen Stoffe (z.B. die Stickstoffverbindungen) nach ihrer Schadwirkung auf den Feldern Gesundheitsschäden, Biodiversitätsverlusten, Ernteschäden und Materialschäden erfasst. Das Ergebnis der Studie besagt folgendes:

(Die versteckten Kosten werden in Cent pro kWh angegeben)

Brennstoff	Braunkohle	Steinkohle	Erdgas	Erdöl	Windstrom
Versteckte Kosten THG	8,68	7,38	3,9	5,65	0,17
Versteckte Kosten Schadstoffe	2,07	1,55	1,02	2,41	0,09
Summe versteckte Kosten	10,75	8,94	4,91	8,06	0,26

Würden also die Preise der Brennstoffe die externen Kosten internalisieren, lägen die für den Wasser-, Wind und Solarstrom (ab mittlerer Anlagengröße) nach dem EEG gezahlten Preise pro kWh unter denen für eine kWh konventionell erzeugten Stroms.
Anzumerken ist dazu, dass das UBA die Emissionskosten von CO2 mit 80 €/to ansetzt, also mit einem höheren Preis bewertet als es selbst bei einem funktionierenden Emissionshandel 2013 der Fall wäre. Dies scheint aber keineswegs übersetzt, weil das Instrument des Emissionshandels zu spät eingesetzt wurde und die Kosten nach Plan von Jahr zu Jahr durch Verknappung hätten steigen müssen.

Fazit

Die Strompreisdebatte ist von der INSM mit unzutreffenden Argumenten angezettelt worden. Leider hat diese Desinformationskampagne ihre Wirkung auf die Politik nicht verfehlt. Auch absurde Bewertungen oder falsche Tatsachenbehauptungen haben Gehör gefunden und finden ihren Niederschlag in dem aktuellen Gesetzgebungsverfahren der GroKo. Was die Bundesregierung plant ist die Wende weg von der Energiewende. Dem Oligopol der Stromkonzerne steht es frei, weiter die EEG-Umlage in die Höhe zu drücken, wenn sie es wollen. Vor allem im Zusammenhang mit den aufgezeigten Untersuchungen von Sir Nicholas Stern muss der Gedanke der Generationengerechtigkeit in den Mittelpunkt der Preisdiskussion gestellt werden: Es ist besser, heute für den Systemumbau die geringen Mehrkosten der EEG-Umlage tragen als den zukünftigen Generationen die hohen Folgekosten des Klimawandels aufzuerlegen. Bei realistischer Bewertung der für den Regenerativstrom gezahlten Preise (Kein Verramschen an der EPEX, sondern Einplanung und Einpreisung bei den erzeugten Mengen) und Internalisierung der externen Kosten ist der EEG-Strom schon heute konkurrenzlos preiswert.

Ich kann tatsächlich sagen, mein ökologischer Fußabdruck hat richtig gute Werte entwickelt. Ich führe ein entspannteres Leben, sage mir immer wieder „ich habe Zeit“ ...

Eine persönliche „Energiewende“

Wir reden von Energie. Und von Veränderungen. Von Verhaltensänderungen, sogar von Wende. „Ja, und die Zeit ist ja so knapp“. Das passt immer. Im Großen wie auch in der eigenen Sicht der Dinge. Hier ein persönliche Wende anhand einer technischen Weiterentwicklung eines uralten Fortbewegungsmittels. Strom kann nicht nur klug und nachhaltig produziert sondern auch verbraucht werden. Und wandelt eingesparte Energien in Glücksgefühle um. Ganz einfach .

Von Ralf Weber

„Die Zeit ist ja so knapp.So kluge Worte. Zeit ist nicht einfach da, ich muß sie mir nehmen. Sag doch einfach mal zu Dir „ich habe Zeit“, wenn Du unerwartet auf etwas stößt. Entscheidungen, die glücklich machen können. Manchmal ganz einfach, oftmals scheinbar völlig unmöglich. Früher hatten wir in unserem Leben öfter mal das Unmögliche möglich gemacht, bei unseren jugendlichen Idealen. Das habe ich etwas neu gelernt.

Die Zeit entscheidet oft über die Wahl des Fortbewegungsmittels. Und dann gewinnt meistens das Auto. Und der innere Schweinehund? Dafür gibt es dann aber das Auto, dass nur ganz wenig Benzin braucht. Eine durchschnittliche Autofahrt ist sage und schreibe nur ca. 5 km lang, was ziemlich erstaunlich ist und sicherlich damit zusammenhängt, dass viel Autofahrten in der Stadt gemacht werden. Vielleicht ist dieser Wert im ländlichen Raum etwas höher, aber dennoch: viele Autokilometer lassen sich einsparen.

In dem man mit dem Fahrrad fährt. Puh. Hier im Mittelgebirge. Ich wohne am steilsten Berg von Altenkirchen und hatte es über die Jahre aufgegeben, mit dem Rad runter in die Stadt oder auch weiter zu fahren, zum Beispiel zu Freunden.

Und zum Sport mit dem Auto zu fahren um sich dort zu bewegen, kann auch mal zum Nachdenken verleiten. Und wieder der innere Schweinehund. Aber klar, es gibt sie natürlich, die Sportfreunde unter uns, die Leistungssportler, die bewusst ihre Kilometer fahren bergauf und bergrunter. Dann allerdings nach Feierabend und zum Ausgleich. Da bin ich aber mehr für den Ausdauersport, die gleichmäßige Bewegung und schonende Belastung der Gelenke und des Kreislaufs. Seit mehr als 3 Jahren habe ich meine ökologisch-sympathische Lösung. Das E-bike. Seitdem ich ein Pedalec benutze ist alles anders.

Rein Pragmatisch**:** Ein Elektrorad hat eine deutlich größere Reichweite als ein normales Fahrrad. Auch die Durchschnittsgeschwindigkeit liegt höher. Wir können auch weiter entfernte Ziele bei Bedarf unverschwitzt erreichen. Mit 6 Cent/100km sind die Betriebkosten für Strom und auch die gesamte Ökobilanz unschlagbar. Wird es draussen kühler, trampel ich einfach etwas mehr und schon ist mir wieder warm- dies ist ein Hinweis für die Freunde von Motorollern- Überhaupt werde mit der Zeit viel weniger empfindlich bei unsicherem Wetter.

Rein rechnerisch: Wenn ich nur 3 Kilometer pro Tag anstatt mit dem Auto mit dem Pedalec fahre, spare ich im Jahr umgerechnet volle 500,-€ an Betriebskosten fürs Auto (bei 50Cewnt/km = 1,50€/Tag x 365 Tage = gut 500,- €). Wenn ich dieselbe Strecke auch wieder zurückfahre verdoppelt sich diese Rechnung auf 1000,-€/Jahr. Erstaunlich! Doch wer rechnet denn tatsächlich die Kosten fürs eigene Autofahren. Die rechnen wir doch in Wirklichkeit lieber im Politischen, was uns die Straßen und die Gesundheit dadurch finanziell belasten. Elektroräder finanzieren sich selbst in absulut kürzester Zeit. Aber sie können auch unser Alltagsverhalten mehr und mehr verändern.

Gefühlsmäßig**:** Ich sprach schon über die „Zeit“. Aber die Fahrt mit dem Rad bewirkt viel mehr. Ich habe mich persönlich in viele kleine Schritte weiter entwickelt. Ich kann tatsächlich sagen, mein persönlicher ökologischer Fußabdruck hat richtig gute Werte entwickelt. Ich führe ein entspannteres Leben, sage mir immer wieder „ich habe Zeit“ und erfreue mich an den neuen Eindrücken. Am Wochenende brauchen wir unsere Räder nicht ins Auto zu packen um z.B. im Rheintal ein schönes „Toürchen“ zu machen. Ich entdecke die Schönheit und Ruhe unserer Heimat wieder. Berge und Gegenwind entlocken mir ein Lächeln. Der innere Schweinhund kann seinen Geist aufgeben. Gerne radeln wir zur Abtei Marienstatt nur auf ein Gläschen Wein oder nach Neitersen ins Kino.

Ich sage immer „ELEKTRORÄDER. DIE SCHÖNSTE ERFINDUNG SEIT ES FAHRRÄDER GIBT!!“

Deshalb habe ich seit über 3 Jahren meinen Handel mit Elektrorädern, einem wirklich echten Öko-Mobil und lade jeden gerne ein zu einer unverbindliche Probefahrt.

www.elektrorad-guenstig.de

Wichtig: vor Besucher immer anrufen 02681-7730

Projekte

WIBeN und die „Regionale Entwicklung“

Eine WI-We Arbeitsgruppe in Klausur. Konkrete Ideen wollen erarbeitet , Visionen begleitet werden in die Realität.

Von Margret Staal

Unter dem sehr übergreifenden Thema versammelten sich beim WIBeN-Wochenende Gerd Prinz, Wolfgang Clove-Prinz, Rebecca Staal, Margret Staal, Peter Dirks, Edgar Lobbrie und Gerd Stein. Zunächst wurden alle Bereiche zusammengetragen, die die einzelnen unter diesem Oberthema versuchten: Ergänzen regionaler Wirtschaftens und darum die Kreisstadt der Region zu stärken; an Wertschöpfung und auch Identität regional zu halten – ist auch, dass es mehr bis nahe, demokratische Strukturen für verschiedene Themen geben sollte und auf den Fall die Wirtschaft

Nahversorgung, aber auch die Versorgung mit Bildung und Kultur – Energie, Gesundheit ..... irgendwie Bestandteile regionaler Entwicklung sind. Schnell wurde deutlich, dass es gibt Aufklärung und Wissen zu vermitteln über Kreislaufe und Zusammenhänge von Wirtschaft und Gesellschaft, von Globalisierung und der Notwendigkeit von regionalen Wirtschaften.

Der Bürger muss sich seine Macht als Konsument bewusst werden und sie nutzen. Um ein ses großes Thema mit vielen diesen Aktionsvorträgen an chen, benachbarte wie möglich Partner zum Beispiel – die Kirchen – die Landjugendakademie andere Bildungszentren – Betriebe – Gewerb

Stadtfesten
– mit eingängigem, ansprechenden
leicht verständlichem Infomaterial
2. Einen Trailer erstellen für das Kino zur Info – z.B. zum Zusammenhang von Arbeitsplatz – Ausbildungsplätzen und regionalem Wirtschaften und Handeln.....
3. Aufbau und Entwicklung eines Regionalladens in der Innenstadt – mit regionalen Produkten - mit Infomaterial zum Thema WIBeN und den Betrieben, einem Café - kleine Veranstaltungen – evt. ein bisschen Kleinkunst .....
4. Motto: ?? Global denken – regional handeln (Bzw. Vor Ort kaufen, regionales Kreiskreises)??

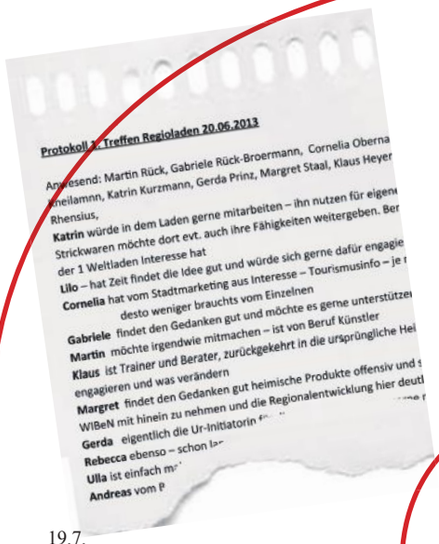
Im Februar 2012 auf dem WIBeN Wochenende in Tondorf in der Eifel formierte sich eine Gruppe zum Thema „Regionalentwicklung“. Eine der „Konkreten Aktionsideen“ war der Regionalladen bzw. das WIBeN Cafe.

Erste Initiativen zum Thema Stärkung des regionalen Handels gegen die Verödung der Innenstadt.

Das Asphaltvisionen Festival, das Rebecca Staal 2013 ausrichtete, stand unter dem Motto „Heimat“. Dreh- und Angelpunkt wurde der Schleckerladen in der Fussgängerzone in Altenkirchen. Symbolträchtig einerseits durch die gerade erst pleitegegangene Ladenkette und dem daraus resultierenden Ladenleerstand in bester Geschäftslage in der Kreisstadt. Hochmotivierend andererseits für die Regionalladenidee, denn plötzlich bekam eine Idee ein Gesicht. Parallel zu den Veranstaltungen und Ausstellungen in und um den Laden herum fanden Interessententreffen zur Gründung eines Regionalladens statt.

Im Dezember 2012 startet die Veranstaltungsreihe in Kooperation mit der Landjugendakademie „Von der Vision zum Handeln“

7.Mai. Eröffnung des „Schleckerladens“: heima(r)t


Protokoll 3. Treffen Regioladen 20.06.2013

Anwesend: Martin Rück, Gabriele Rück-Broermann, Cornelia Oberna
Rheilamnn, Katrin Kurzmann, Gerda Prinz, Margret Staal, Klaus Heyer
Rhenslus,
Katrin würde in dem Laden gerne mitarbeiten – ihn nutzen für eigene
Strickwaren möchte dort evt. auch ihre Fähigkeiten weitergeben. Ber
der 1 Weltladen Interesse hat
Lilo – hat Zeit findet die Idee gut und würde sich gerne dafür engagie
Cornelia hat vom Stadtmarketing aus Interesse – Tourismusinfo – je
desto weniger brauchts vom Einzelnen
Gabriele findet den Gedanken gut und möchte es gerne unterstützen
Martin möchte irgendwie mitmachen – ist von Beruf Künstler
Klaus ist Trainer und Berater, zurückgekehrt in die ursprüngliche Hei
engagieren und was verändern
Margret findet den Gedanken gut heimische Produkte offensiv und
WIBeN mit hinein zu nehmen und die Regionalentwicklung hier deutl
Gerda eigentlich die Ur-Initiatorin
Rebecca ebenso – schon la
Ulla ist einfach m
Andreas vom P

19.7.
Die Regionalladengruppe trifft sich monatlich. Verschiedene Modelle der Beteiligung von Initiativen, Kleinbetrieben und Produzenten werden diskutiert, anhand der Vision, den Schleckerladen dauerhaft zu mieten.

Die Suche nach möglichen Ladenlokalen.

28.8.
Finissage im „SCHLECKER“. Heima(r)t schliesst wieder. Die Miete ist zu teuer, aber die temporäre Existenz des Ladens hat bewirkt, dass die Begeisterung für die Idee weiter besteht.

2.10.
Das Objekt in Bahnhofnähe ist passend und bezahlbar, nicht zuletzt wegen der solidarischen Haltung des Vermieters. Die Idee einen Verein zu gründen wird geboren. Der Verein soll als Mieter auftreten, um einzelnen Anbietern ein Regalfach bereit zustellen, in dem regionale Produkte verkauft werden können. Parallel stellt die Stadt eine Beteiligung in Aussicht, um touristische Informationen zu präsentieren
Weitere Künstler kommen zur Initiative dazu. Das Angebotsspektrum wird diskutiert. Kunst, Handwerk, Dienstleistung, Lebensmittel

18.10.
Jetzt geht alles sehr schnell. Der Name UNIKUM ist geboren. Zum Simon Juda Markt erscheint ein erstes Flugblatt in dem über die Idee Regionaladen für die breite Öffentlichkeit informiert wird und neue Interessenten geworben werden.

29.11.
Ein erster Anlauf zur Vereinsgründung. Die Werbung hat funktioniert. Das Interesse wächst. 40 Interessenten sagen ihre Teilnahme zu. Noch muss an der Vereinssatzng geschraubt werden. Arbeitsgruppen zum Thema Ladeneinrichtung und Verkaufsabwicklung werden gegründet.

„Unikum“ öffnet Pforten bald zur Probe

18.9.
Erste Besichtigung des Ladens Bahnhofstrasse 26.

1.8.
Die „Initiativgruppe Regionalladen“ diskutiert das Regalfachsystem in Zusammenarbeit mit dem Antiquariat sowie Kooperationen mit dem Buchhandel und dem „Eine-Welt-Laden“.

14.8.
WIBeN Stammtisch zum Thema Regionalladen. Das Modell eines Büroservice und weitere Dienstleistungsangebote steht zur Debatte.

18.12. Gründungsversammlung mit 17 Mitgliedern.
Vorsitzender ist Volker Vieregg
Trotz juristischer Schwierigkeiten zur Vereinsanerkennung laufen die Vorbereituungen für die Eröffnung auf Hochtouren., Mit viel ehrenamtlichen Einsatz und privaten Mitteln.

7.2. Feierliche Eröffnung.

Betriebe im Netzwerk

Ein Regalfach im Regionalladen hat das Keramikatelier Nordhoff -Zeile belegt. WIBen Betrieb seit über 20 Jahren.

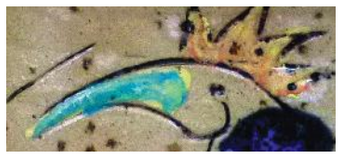
Silvia Nordhoff malt leidenschaftlich gerne. Über die Motivwelt von Wolken oder Wald kommt sie zur vollständigen Abstraktion, dem Spiel von Formen und Farben. Sie ist im Westerwald aufgewachsen, wo sie eine Ausbildung zur Keramikerin machte. Dann wollte sie das Erlernte vertiefen. und brachte ihre Leidenschaft für den Umgang mit Farben in das Produkt Design Studium in Krefeld ein. An der Fachhochschule lernte sie viel und vor allem auch Hermann Zeile kennen.

Hermanns Affintät zur Keramik war ihm in die Kinderstube gelegt. denn schliesslich war sein Elternhaus auf einer alten Tongube errichtet worden, wie sich später herausstellte. Ihn begleitete stets die Faszination für den Werkstoff und das Formen von dreidimensionalen Objekten. Nach seiner Lehre bei derTöpferei Göllner in Besigheim am Neckar kam auch er nach Krefeld um sich im Studium weiterzubilden. Als Studenten träumten die beiden vom gemeinsamen Keramikatelier Nordhoff - Zeile.

Minimalistisch, cartoonhaft stilisiert sind die figürlichen Darstellung im Nordhoff-Zeile Dekor. Das Fein-Steinzeug wird bei 1230° gebrannt und ist Mikrowellen und Spülmaschinen geeignet. Die Glasuren sind frei von Cadmium und Blei. Die große Auswahl an Keramik wird von Silvia ähnlich der Majolikatechnik nach eigenen Motiven handbemalt, wobei sie allerdings nicht die unten erwähnten „Scharffeuerfarben“ verwendet, sondern ausgewählte Dekorfarben.

Majolika hat einen weißen, gelbgrauen oder hell-rot-braunen, porösen Scherben., wobei nicht die Scherben gemeint sind, die entstehen, wenn die Tasse herunter fällt. Als „den Scherben“ bezeichnet man das für die Herstellung von keramischen Erzeugnissen gebrannte Gemisch verschiedener Mineralien. Das fertig geformte Gefäß wird bei mäßiger Temperatur einem ersten Brand („Schrühbrand“) ausgesetzt. Dann wird es mit einer opak-weißen Zinnglasurschicht bedeckt, die in ungebranntem Zustand stark aufsaugend einen idealen Untergrund für die sogenannten Unterglasur- oder Scharffeuerfarben bietet. Beim zweiten Brand verschmelzen Glasur und die jetzt leuchtend werdenden Farben zu einer glänzenden, wasserdichten und dauerhaften Aussenhaut.

Nicht wirklich rund. Hermann Zeile verleiht den Werkstücken bewusst eine Unwucht, nachdem sind zuvor auf der Töpferscheibe kreisrund gedrht worden sind.



1992 entdecken sie einen alten Fachwerkhof in Schöneberg. Er wollte umgebaut werden für die Bedürfnisse der Kunsthandwerker. Tischler und Schreiner, Wärmedämmspezialisten und Trockenbauer halfen und erzählten ihnen vom WIBeN Netzwerk. Ideen, Ansprüche und die Zusammenarbeit überzeugte und das Keramikatelier wurde Mitglied im Westerwälder Initiative und Betriebe Netzwerk.

Im Hommershof 9 in Schöneberg ist seither Raum für zwei Töpferdrehscheiben, einen Brennofen, Regale und Lager für die Produktion von kleinen und feinen Keramikeditionen. Silvia und Hermann ergänzen sich wunderbar in ihrer künstlerischen und handwerklichen Zusammenarbeit. Über neue Designs und Dekors beraten sie sich gemeinsam. Auch wenn Hermann seit einigen Jahren mehr als die Hälfte der Woche in seiner ehemaligen Heimat arbeitet, ist es beiden wichtig das Atelier zu erhalten. Ihre Erzeugnisse bieten sie auf Keramikmärkten in Deutschland an und seit Anfang des Jahres auch im Regionalladen UNIKUM in Altenkirchen. .

„Wir sind sehr überrascht von dem Kundeninteresse“, meint Silva im Hinblick auf die Präsentation im UNIKUM. „Es ist nicht nur eine gute Gelegnheit in der Kreisstadt auf das Atelier aufmerksam zu machen. Auch der Verkauf von Artikeln funktioniert gut.“
www.keramikatelier-nordhoff-zeile.de, Tel. 02681 6182

Festus

...heisst auch Frank Ibron. Seine Ausbildung zum Maurer hat er in Köln gemacht, ist dann aber zurück gekommen in den Westerwald. Und richtig gelernt hat er sein Handwerk, so sagt er selbst, bei Bernhard Paul in dem WIBeN Betrieb Paul &Partner. Festus wohnt in Haderschen / Bruchertseifen. Dort steht sein Hof, an dem er mit einigen Unterberechungen seit etwa 10 Jahren baut. Und fertig ist es noch nicht. Mit dem Ausbau setzt Festus Ideen um, die ihn schon lange begleiten. Rundverputze Ecken und schräge Wanddurchbrüche, selbstgeschweisste Trägerkonstruktionen und eine schneckenförmig zulaufende Dusche- aus Bruchsteinen gemauert - zum Beispiel. Die Ästethik des Steampunk und die Bildwelten des Tim Burton haben es ihm angetan. Festus kennt das WIBeN Netzwerk schon länger. Die Ideen des „Geben und Nehmens“ gefallen ihm gut, ebenso wie die soziale und ökologische Ausrichtung. und die Verbundenheit zur Region. Jetzt, wo er daran denkt sich selbstständig zu machen, mit seinen künstlerisch ambitionierten Handwerk, ist er dem Netzwerk beigetreten. Kontakt: cpt.festus@t-online.de

Ein Ornament aus Steinen in einer verputzen Wohnraumwand

Der Ofen in Festus´ Wohnküche.

Steampunk ist ein Phänomen, das als literarische Strömung in den 1980ern begann und sich zu einem Kunstgenre, einer kulturellen Bewegung, einem Stil und einer Subkultur ausgeweitet hat. Dabei werden einerseits moderne und futuristische technische Funktionen mit Mitteln und Materialien des viktorianischen Zeitalters verknüpft, wodurch ein deutlicher Retro-Look der Technik entsteht. Andererseits wird das viktorianische Zeitalter bezüglich der Mode und Kultur idealisiert wiedergegeben. Steampunk fällt damit in den Bereich des sogenannten Retro-Futurismus, also einer Sicht auf die Zukunft, wie sie in früheren Zeiten entstanden sein könnte. Häufige Elemente des Steampunks sind dampf- und zahnradgetriebene Mechanik, viktorianischer Kleidungsstil und ein viktorianisches Werte-Modell, eine gewisse Do-it-yourself-Mentalität und Abenteuerromantik. *wikipedia*

Hinweise

Den Westerwald in 5D erleben!

www.asphaltvisionen.de

www.
700 Jahre -
700 Stühle.de

Kreativ
Werkstatt
des Kultur-/ Jugendkulturbüros Haus Felsenkeller e.V.

Worte zu WIBeN Mitgliedern, die verstorben sind

Von Hermann Nick – Rotes Haus / Seelbach

WIBeN ist jetzt mehr als 25 Jahre alt und natürlich sind auch die WIBeN Mitglieder der ersten und zweiten Stunde noch nicht alt, aber zumindest älter geworden. Neben der zunehmender Weisheit (hic!) des Alters mehren sich auch krankheitsbedingte dramatische Einschläge und drei unserer Mitglieder sind in den letzten Jahren bereits verstorben. Weil ich alle drei gut kannte, hat mich der Vorstand gebeten einige Worte zu diesen liebenswerten Menschen zu formulieren.
Ehrlich gesagt, ist es mir nicht leicht gefallen, vielleicht, weil ich mir 2013 krankheitsbedingt selbst kurzfristig die Frage gestellt habe: „Wie lange lebst Du noch?“ Also hab ich es zuerst einmal lange vor mir hergeschoben und mir dann gesagt: Es soll auf gar keinen Fall ein Nachruf werden – mehr eine persönliche Erinnerung an diese Menschen.

Franziska Schlösser – „unsere Köchin“

Franziska war lange die Älteste im WIBeN Kreis. Sie kam über ihre Arbeit in der Felsenkellerküche zu WIBeN. Ich habe noch eine gute Erinnerung an meine erste Begegnung mit Franziska. Sie stand irgendwann Anfang der 90iger im Felsenkellerbüro und fand unsere Arbeit und Angebote ganz toll. Und sie wollte im Haus arbeiten.
Daraus ist eine langjährige wunderbare Zusammenarbeit geworden. Sie hat alle Felsenkellerbesucher und besonders die WIBeNs in ihr großes Mutterherz geschlossen und ihre Liebe mit vielen Kubikmetern Sahne deutlich gemacht. Bei den Wochenenden war sie oft als Köchin dabei und auch beim Arbeitseinsatz auf dem Schloss Batzdorf. Dort regierte sie in der improvisierten alten Schlossküche und kochte für 60-80 Leute, immer fröhlich – sie fand es toll mit den WIBeNs. Sie hatte kein leichtes Leben und wir (bunter Haufen – kaum zu ertragen) waren für sie eine Bereicherung und auch wirklich etwas Familie. Sie wurde unser erstes Ehrenmitglied (siehe Foto) Nach einem Schlaganfall war sie gesundheitlich sehr angeschlagen. Franziska ist am 3.5.2008 gestorben. Sie war 74 Jahre alt.

Andreas Krone – „unser Busfahrer“

Bei der Beerdigung von Andreas hat seine Frau Michi mit einer Freundin den alten Song von Hannes Wader „Heute hier, morgen dort, bin kaum da, muss ich fort…“ gesungen. Das passte genau auf ihn. Andreas war Busfahrer aus Berufung. Und so habe ich ihn auch kennen gelernt. Lange Jahre hat er unsere Jugendgruppen nach Südfrankreich in´s Kletter- und Kajakcamp gefahren. Ihn konnte auf diesen Fahrten absolut nichts erschüttern: Stau mit meckernden Fahrgästen, Hitze, Gewitter, enge Umleitungen, Polizeikontrollen… Andreas hatte die Gabe immer ruhig zu bleiben und diese Ruhe auch auf die Umwelt zu übertragen: „ Es wird alles gut, der große ruhige Busfahrer hat alles im Griff!“ Es war auch schön ihn (auch noch mal im Sommer 2012 mit finanzieller Unterstützung des WIBeN Feuerwehrfonds) mit Michi und den Zwillingen Lea und Hanna im Camp zu erleben. Und obwohl er von seiner Krebserkrankung schon sehr gezeichnet war, konnte er in diesem Zusammenhang das letzte Mal den großen Reisebus fahren. Er hat es wie immer klasse gefunden.
Die WIBeNs haben mit Andreas so manche kleine oder größere Fahrt gemacht: zu Wochenenden, Projektbesuchen oder Demonstrationen z.B. 2011 nach Gorleben Castortransport. Dort waren natürlich viele Demonstrierende mit vielen Bussen angereist. Aber wir hatten „unseren“ Busfahrer dabei und der hat mit demonstriert und mit uns beim 1000 x X Bauern auf alten Matratzen in der Scheune geschlafen. Andreas ist am 7.2.2013 gestorben. Er war fast 53 Jahre alt.

Bernd Schuscheng – „unser Schuschi“

Ich merke beim Schreiben, dass ich immer noch geschockt bin über den plötzlichen Tod von Bernd. Vielleicht ist es gut so zu sterben, aber für uns, die Umwelt, die Zurückbleibenden ist es nicht schön. Geschockt waren alle: Familie, Freunde/Innen, Kollegen/Innen, das politische Lager aller Couleur und wir WIBeNs. Bernd hatte mit seiner meist ruhigen und übersichtlichen Art eine hohe Akzeptanz bei allen, die mit ihm zu tun hatten. Bei WIBeN war er der Mann für die Zusammenfassungen, den Überblick und die Form. Er hatte Erfahrung in der politischen Gremienarbeit und konnte z.B. in einer MV zum richtigen Zeitpunkt fragen: „Was steht denn in unserer Satzung?“ Er hatte einen klaren politischen Standpunkt. Ihm ging es um (soziale u. wirtschaftliche) Gerechtigkeit, Offenheit und Transparenz, gegen Unterdrückung und Ausbeutung. Und dazu war er ein fröhlicher und lebensbejahender Mensch. Auf WIBeN Wochenenden liebte er z.B. den ungeplanten Chorgesang im Zusammenhang mit diversen leckeren Erfrischungsgetränken.
Seit 1984 war er im Westerwald. Für uns im Roten Haus erst einmal als Tagungshauskollege mit dem ich in diesem Zusammenhang öfter zu tun hatte: immer ohne Stress – konkurrenzfrei. Neben seinem Op dr Hardt – Tagungshaus war er über die Jahre in vielen Projekten tätig und engagiert. Die letzten Jahre als Geschäftsführer und dann Vorstand der Neuen Arbeit e.V. und bei uns in der VG Flammersfeld als 3. (grüner) Beigeordneter. Er war gesund, hatte gerade alles ganz gut geregelt und wollte sich mehr um seine persönlichen / privaten Dinge kümmern. Bernd ist am 5.5.2013 durch einen Herzinfarkt gestorben. Er war 69 Jahre alt.

Jung und Alt

Das WIBeN Wochenende 2014, war gut besucht. Moderiert von Elisabeth Voß sollte es ganz im Zeichen der Reflektion stehen bezüglich des vergangenen Jahres. Arbeitsgruppen gab es zum Thema „Wohnen im Alter“ und zum Befinden des Vereins, seiner Aussenwirkung und Aktivitäten. Brainstorming in entspannter Atmosphäre und, wie auch in der Verganenheit, immer wieder ein Stimmungsbarometer zur Vereinsbefindlichkeit. Der Vorstand kündigte an, dass er in die letzte Runde geht. Nachdem Marion Schochow, Jörg Lerner und Sabine Trosiner die Konsolidierung des Vereins erfolgreich voran gebracht haben, wollen sie 2015 ihren Platz räumen für einen neuen Vorstand, vielleicht auch „neuen Wind und neue Ideen“. Mit dem Entscheid die WIBeN Broschüre neu aufzulegen und die Öffentlkichkeitsarbeit des Vereins auszubauen kam in der Diskussion das Image von WIBeN auf den Prüfstand und die Frage nach der „Jungen Generation“ im altehrwürdigen Netzwerk. Die Ambitionen sind unumstritten, Ökologie, Nachhaltigkeit, Solidarität nach wie vor modern, aber das Erscheinugsbild der WIBeNs, die Kommunikation ihrer Ansprüche erreicht nicht unbedingt die junge Generation in der Region. Und inhaltliche Berührungspunkte zur Jugend bei den aktuellen Aktivitäten des Vereins sind selten. So bleibt es spannend, ob und wie der Verein sich in der Zukunft öffnen oder verändern kann.

Rebecca Staal, klartext Künstleragentur, und Berhard Paul, ehemals Paul & Partner GmbH, trafen sich auf dem WiWo. Foto Carsten Liersch.

Von der Monarchie zur Republik.

Peter Dieck

Der „Stammtisch“ organisiert sich neu

Nach dem der „König der Stammtische“ , oder um keinen falschen Eindruck zu erwecken, der Meister der Stammtisch Organisation, sein Amt niedergelegt hatte und nach einer kurzen Interims Leitung von Gerald Wurch ist der „WIBEN Stammtisch , so wurde es auf dem diesjährigen Klausurtagung in der Brückenmühle beschlossen, „demokratisch“ geworden. Jeder darf zum Stammtsch-Treffen einladen und übernimmt damit die Patenschaft für dieses jeden 2. Mittwoch im Monat stattfindende Ereignis. Der Stammtisch kann mit einem Thema, einem Besuch in einem WIBeN Betrieb oder einem Ausflug gekoppelt sein. Er kann öffentlich bekannt gegeben werden, Diskussionsrunden beinhalten oder interne Tanzparty sein. Der „Stammtisch“ als Säule der Kommunikation innerhalb des Vereins ist so lebendig, wie der Verein selbst. Wer sich interessiert, schaue bitte auf die WIBeN Homepage und dann unter dem Menupunkt Gemeinschaft auf Stammtisch. Da findet ihr die aktuellen Vorschläge und eine Handout mit den wichtigsten Punkten, die geregelt werden müssten.

Finn Döring (links) und Bert Bay (rechts)

Traditionsreich: Das Kickertunier. Austragungsort wird 2015 wieder die Brückenmühle sein. Darüber hinaus wird das letzte „Wochenende“, dass der jetzige Vorstand ausrichtet, mit einigen Überraschungen aufwarten.

Schon mal vormerken!

www.brueckenmuehle.de in 56754 Roes. Das etwas andere Tagungshaus

Wi-Wo 2014 2015

Die neue Tel.Nr der Geschäftsstelle: 02686/228840 Handy: 0176/20651100

WIBeN e.V. Heimstraße 4,
57610 Altenkirchen

Geschäftsstelle: Anna Schochow
geschaeftsstelle@wiben.de

Vorstand: Marion Schochow
msch.vorstand@wiben.de

Jörg Lerner, jl.vorstand@wiben.de

Sabine Trosiner, st.vorstand@wiben.de

Feuerwehrfonds: Jürgen Salowsky
fonds@wiben.de

Brod€inheit: Sabine Trosiner
trosiner@haus-felsenkeller.de
www.brodeinheit.org

Stammtisch: Gerald Wurch
info@parkettkultur.de

Gesundheits- und Sozialfond:
Wolfgang Cleve-Prinz, Hermann Nick
info@pronick.de

Zeitungsredaktion:
Axel Weigend, Anna Schochow
zeitung@wiben.de

Layout, Bildredaktion: Axel Weigend

Druck:
MÜHLSTEYN druck + verlag
57580 Elben